

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Oswald Metzger, Rezzo Schlauch,
Volker Beck (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9006, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 06 03 – Bewilligungen für den Kulturbereich – wird der Titel 684 71 – Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur der historischen Siedlungsgebiete in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa – um 4 300 TDM gekürzt.

Im Kapitel 06 40 – Bewilligungen für Spätaussiedler, Deutsche Minderheiten und Vertriebene – wird der Titel 671 14 – Kosten der Rückführung von Deutschen – um 40 000 TDM gekürzt. Der Titel 684 12 – Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Vertriebenen – wird im Untertitel 1 – Institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen e. V. – um 3 479 TDM gekürzt und im Untertitel 2 – Projektförderungen – um 7 779 TDM erhöht.

In den Titeln 684 22 – Allgemeine Hilfen – und 896 22 – Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten – wird je folgender Erläuterungssatz eingefügt: „Der Verein für das Deutschtum im Ausland e. V. und der Bund der Vertriebenen e. V. sowie die angeschlossenen Landsmannschaften und Verbände sind von der unmittelbaren und mittelbaren Mittelzuweisung ausgeschlossen.“

Bonn, den 24. November 1997

**Annelie Buntenbach
Oswald Metzger,
Rezzo Schlauch
Volker Beck (Köln)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

Begründung

Die „Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur der historischen Siedlungsgebiete in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa“ umfaßt vor allem die Förderung von Stiftungen und Verbänden der Vertriebenen. Die Mittel des Bundesministeriums des Innern zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags nach § 96 BVFG sind von 4 170 TDM im Jahr 1982 auf mehr als 45 000 TDM im Jahr 1996 gestiegen. Demgegenüber wird der Personenkreis der Erlebnissgeneration der Vertriebenen kleiner und das Engagement läßt nach. Es ist nicht nachvollziehbar, daß trotz angespannter Haushaltslage die Mittel für diese Art der Traditionsbewahrung auf derart hohem Niveau angesetzt werden. Sie müssen vielmehr den neuen Bedürfnisstrukturen angepaßt und perspektivisch reduziert werden. Statt der Förderung der teilweise fragwürdigen Arbeit der Verbände sollten eher Mittel für die Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und Ausländerinnen und Ausländern, z. B. für Eingliederungshilfen und Sprachförderung, zur Verfügung gestellt werden. Diese sind in den letzten Jahren stets Kürzungen unterworfen gewesen, was zu einer erheblichen Erschwerung der Integrationsbemühungen führte. Da nicht alle einzelnen Projekte überprüfbar sind, wird eine pauschale Reduzierung um ca. 15 % gefordert.

Die finanzielle Unterstützung der „Rückführung“ von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sollte einerseits auf die Fälle begrenzt werden, die die Reisekosten nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, und andererseits auf kostengünstigere Alternativen (z. B. Einsparungen durch Neuausschreibung oder Beförderung durch die Bahn) überprüft werden.

Die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen e. V. (BdV) soll gestrichen werden. Trotz seiner angeblich hohen Mitgliederzahl (2 Millionen) erbringt der BdV keinen oder nur einen verschwindend geringen Eigenanteil. Von rechtsextremen Tendenzen in einigen angeschlossenen Landsmannschaften liegt keine eindeutige Distanzierung vor. Die Politik der Verbände, die auf Eigentumsrückforderungen und in einzelnen Fällen auf Gebietsrückforderungen hinausläuft, ist nicht förderungswürdig. Die Mittel sollen statt dessen in Projekte zur Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern fließen, um tatsächlich in vollem Umfang Integrationsbemühungen zugute zu kommen.

Nach Auffassung des Bundesrechnungshofes erfüllt der Verein für das Deutschtum im Ausland e. V. (VDA) nicht die Voraussetzungen der Bundeshaushaltsordnung für Zuwendungsempfänger. Die finanziellen Rückforderungen des Bundesinnenministeriums gegen den VDA belaufen sich auf mehr als 20 000 TDM. Der Verein, der in der Vergangenheit eng mit dem bundesdeutschen Rechtsextremismus verbunden war, zeigt bis heute eine fehlende Distanz zum rechtsextremen Lager. Dies drückt sich in der Zugehörigkeit des Rechtsextremisten Helmut Kowarik zum VDA-Verwaltungsrat aus und in der vom VDA vertretenen traditionellen Volkstumspolitik. Auch der BdV und einige angeschlossenen Landsmannschaften sind in dieser Hinsicht nicht förderungswürdig. So stellen höchste Funktionäre des Verbandes die deutsche Ostgrenze in

Frage und arbeiten nicht im Geiste der Nachbarschafts- und Grenzverträge. Mehrfach haben auch Vertreter von deutschstämmigen Minderheiten im Ausland, zu dessen Gunsten Vertriebenenverbände Projekte durchgeführt haben, die Einflußnahme durch die Verbände kritisiert.

